

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD)

vom 29. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Februar 2026)

zum Thema:

**Aktueller Stand der Aufarbeitung der Rolle der Berliner Gesundheitsämter
im Nationalsozialismus**

und **Antwort** vom 11. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. März 2026)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Alexander Freier-Winterwerb (SPD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25272

vom 29. Januar 2026

über Aktueller Stand der Aufarbeitung der Rolle der Berliner Gesundheitsämter im
Nationalsozialismus

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Berliner Gesundheitsämter leisten heute unverzichtbare Arbeit für die Gesundheit der Bevölkerung – von Infektionsschutz und Prävention bis zur sozialpsychiatrischen und kinder- und jugendgesundheitlichen Versorgung. Gerade vor diesem Hintergrund gehört die historische Aufarbeitung ihrer Rolle im Nationalsozialismus zur demokratischen Selbstvergewisserung der öffentlichen Verwaltung.

Die vom Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. (BVÖGD) initiierte Wanderausstellung „Volk, Gesundheit, Staat. Gesundheitsämter im Nationalsozialismus“, die auch in Berlin gezeigt wurde, verdeutlicht, dass Gesundheitsämter und amtsärztliche Strukturen im Zeitraum 1933–1945 in erheblichem Umfang in NS-Unrecht verstrickt waren, u. a. durch Mitwirkung an Ausgrenzung, Zwangssterilisationen und Krankenmorden. In Berlin existierte zudem ein Erbgesundheitsgericht mit einer sehr hohen Zahl an Verfahren. Die historische und wissenschaftliche Klärung, welche konkreten Zuständigkeiten, organisatorischen Strukturen, personellen Kontinuitäten und lokalen Praxisformen es in Berlin gab, ist auch für eine opferzentrierte Erinnerungskultur und für heutige Standards von Verwaltungsethik, Fortbildung und Transparenz bedeutsam.

Vorbemerkung der Verwaltung

Für die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage wurden die Bezirke und das Landesarchiv Berlin um Informationen gebeten; die Informationen wurden von diesen in eigener Verantwortung zusammengestellt und dem Senat übermittelt. Die zum aktuellen Stand

vorliegenden Informationen sind in dieser Antwort unter Kenntlichmachung der jeweils zuliefernden Institution(en) wiedergegeben.

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Rolle der Berliner Gesundheitsämter und Amtsärzte im Zeitraum 1933–1945 vor?
2. Welche wissenschaftlichen Studien, Gutachten, Publikationen oder Forschungsprojekte zur Rolle der Berliner Gesundheitsämter im Nationalsozialismus sind dem Senat bekannt?
3. Inwiefern hat der Senat selbst Forschung zur Rolle der Berliner Gesundheitsämter und Amtsärzte beauftragt, finanziert oder unterstützt?

Zu 1., 2. und 3.:

Im Landesarchiv Berlin (LAB) gibt es grundsätzlich einen breiten Forschungsstand zur Medizingeschichte und zur „Erbgesundheitsforschung“ in der NS-Zeit; u.a. ältere Arbeiten von Ernst Klee und Manfred Stürzbecher. Unter den jüngeren Arbeiten mit Berlin-Bezug ist auf die Forschung von Herrn Thomas Beddies hinzuweisen.

Speziell zur Rolle der Berliner Gesundheitsämter hat Frau Doris Fürstenberg geforscht (Publikationstitel: „Aber gegen die Bezeichnung 'Erbkrankheit' wehren wir uns“. Die Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege im Gesundheitsamt Steglitz).

Darüber hinaus wurden im LAB in den vergangenen Jahren zahlreiche spezielle Forschungsvorhaben und Auskunftersuchen betreut, u.a. zur Geschichte der Medizin an der Charité Berlin, im Rahmen der gemeinsamen Initiative des Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., der Stiftung Topographie des Terrors und des Zentrums für Historische Forschung Berlin mit der der Polnischen Akademie der Wissenschaften zum Projekt „Edition/Gedenkbuch für Euthanasie-Opfer der Landesheilanstalt Meseritz-Obrawalde“. Das LAB unterstützte ferner zahlreiche Stolperstein- und Gedenkstätten-Projekte.

4. Welche Bestände und Überlieferungen zur Tätigkeit der Berliner Gesundheitsämter in der Zeit des Nationalsozialismus sind dem Senat im Landesarchiv Berlin, in Bezirksarchiven oder in sonstigen Einrichtungen bekannt?
5. Welche Bestände und Überlieferungen liegen zu Verfahren nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sowie zu „Erbgesundheitsgerichten“ vor?

Zu 4. und 5.:

Im Landesarchiv Berlin liegen die folgenden einschlägigen Bestände vor:

lfd. Nr.	Bestandsbezeichnung	Bestands-Signatur	Zeit	Inhalt
1	Allgemeine Fotosammlung	F Rep. 290	20. Jhd.	Fotos der Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten
2	Allgemeine Kartensammlung	F Rep. 270	19./20. Jhd.	Lagepläne, Baupläne der Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten
3	Bezirksamt Berlin-Charlottenburg, Gesundheitsamt, Poliklinik für Erb- und Rassenpflege	A Rep. 037-08-01	1934-1945	Einzelfallakten zu Erb- und Rassepflege
4	Bezirksamt Berlin-Kreuzberg (1920 - 1945)	A Rep. 036-08	1933-1945	Allgemeine Akten der Beratungsstelle für Erb- und Rassepflege
5	Bezirksamt Berlin-Wedding (1920 - 1945)	A Rep. 033-08	1929-1938	Hygienische Volksaufklärung (Erb- und Rassepflege) allgemein
6	Bezirksamt Berlin-Weißensee	A Rep. 048-08	1935	Allgemeine Akte zu Rassegesetzen
7	Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf	A Rep. 039-08	1933-1945	Einzelfallakten zu Sterilisationen
8	Bezirksamt Berlin-Zehlendorf	A Rep. 040-08	1935-1936	Allgemeine Akte betr. u.a. Sterilisationen
9	Bezirksamt Steglitz, Gesundheitsamt - Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege	A Rep. 042-08-01	1934-1945	Einzelfallakten zu Erb- und Rassepflege
10	Erbgesundheitsgericht Berlin	A Rep. 356	1934-1945	Einzelfallakten A-Z aus den Gesundheitsämtern der Bezirke zu Zwangssterilisierungen; Sammelakten mit Entscheidungen des Erbgesundheitsgerichtes und des Erbobergerichtes
11	Filmsammlung	F Rep. 4001938	1938	
12	Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin 1933-1945	A Rep. 358-02	1933-1945	Einzelfallakten über Einweisung in Heil- und Pflegeanstalten (Registerzeichen Hs)
13	Magistrat der Stadt Berlin, Deputation für das Gesundheitswesen - Hauptgesundheitsamt	A Rep. 003-03	1869-1944	Bauunterhaltung, Errichtung von Anstalten, Grundstücksangelegenheiten, Zusammenarbeit mit Bezirksämtern
14	Magistrat der Stadt Berlin, Kämmerei / Hauptfinanzverwaltung	A Rep. 005-03-01	1872 ff.	Finanzierung von Bauten des Gesundheitswesens
15	Magistrat der Stadt Berlin, Personalbüro	A Rep. 001-06	1891-1944	Personalakten A-Z (u.a. Ärzte, Pflegepersonal und technische Angestellte in verschiedenen Krankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten)
16	Magistrat der Stadt Berlin, Städtische Hochbaudeputation	A Rep. 010-01-01	1877 ff.	Bauaufsicht für Bauten des Gesundheitswesens; Bauakten; z. B. für die Anstalt für Epileptische Wuhlgarten
17	Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin	B Rep. 058	1958-1964	Ermittlungssachen, u. a. wegen Beteiligung an der Ermordung psychisch kranker Patienten in der NS-Zeit
18	Städtische Heil- und Pflegeanstalt Buch	A Rep. 003-04-01	1894-1949	Allgemeine Verwaltung, Personalangelegenheiten,

lfd. Nr.	Bestandsbezeichnung	Bestands-Signatur	Zeit	Inhalt
				Patientenakten, Verlegungen, Aufnahmebücher
19	Städtische Irrenanstalt Dalldorf / Wittenauer Heilstätten	A Rep. 003-04-04	1880-1960	Patientenakten, Patientenverwaltungsakten, Personalakten, Aufnahmebücher, Sterbebücher, Sterilisierungsbeschlüsse
20	Städtische Irrenanstalt für Epileptische Wuhlgarten/ Heil- und Pflegeanstalt Wuhlgarten	A Rep. 003-04-11	1885-1948	Patientenakten, Sterbebücher
21	Städtische Irrenanstalt Herzberge	A Rep. 003-04-02	1941	Eine Patientenakte
22	Städtische Nervenklinik [für Männer] Wiesengrund	A Rep. 003-04-09	1925-1941	Patientenakten
23	Städtisches Dr. Heim-Hospital	A Rep. 003-04-08	1928-1938	Verwaltung, Patientenakten
24	Städtisches Hufeland-Hospital	A Rep. 003-04-13	1921-1949	Verwaltung, Personalangelegenheiten, Medizinische Versorgung, Patientenakte
25	Städtisches Kindersanatorium Wiesengrund	A Rep. 003-04-16	1927-1967	Patientenakten (Hinweise auf Reichsausschuss-Kinder), Schulakten, Patientenverwaltungsakten
26	Städtisches Kindersanatorium Wiesengrund	B Rep. 413	1945-1952	Aufnahmebücher 1941-1952, Patientenakten
27	Städtisches Krankenhaus Buch	A Rep. 003-04-19	1943-1945	Charité-Verträge
28	Städtisches Ludwig-Hoffmann-Hospital	A Rep. 003-04-18	1909-1925	Patientenakte
29	Sterbebücher des Standesamtes Meseritz-Obrwalde (Auszugsweise Abschriften)	F Rep. 119	1942-1945	Abschriften

6. Wie bewertet der Senat den Stand der Erschließung der in den Antworten auf die Fragen 4. und 5. genannten Bestände?

Zu 6.:

Der Erschließungsstand ist im Sinne einer Zugänglichmachung als gut zu bezeichnen. Die Bestände sind in der Archivdatenbank des LAB in der Regel so erschlossen, dass neben den Titelaufnahmen zu den Archivalien auch weiterführende Inhaltsangaben (einschließlich Lebensdaten Betroffener) in sogenannten Enthält-Vermerken vorliegen. Sofern es „Sammelakten“ zu mehreren Personen gibt, sind diese Personen in den genannten Enthält-Vermerken einzeln aufgelistet.

Diese beschreibenden Metadaten sind auch im Online-Findmittel des LAB recherchierbar, sofern die betreffenden Archivalien nicht mehr unter die Schutzfristen des Berliner Archivgesetzes fallen. Wenn die Archivalien noch schutzfristbehaftet sind, werden sie in

Folge von Anfragen an das LAB durch die Mitarbeitenden des Archivs recherchiert und stehen ggf. über Anträge auf Schutzfristverkürzung nach dem Archivgesetz Berlin (§ 8 Abs. 4 ArchGB) zur Nutzung zur Verfügung.

Nur bei wenigen Beständen gibt es noch unerschlossene Teilüberlieferungen; am markantesten zum Bestand LAB A Rep. 003-04-04 Städtische Irrenanstalt Dalldorf / Wittenauer Heilstätten – hier mit ca. 500 laufende Meter unerschlossener Akten.

7. Inwiefern gibt es laufende oder geplante Projekte zur Digitalisierung, konservatorischen Sicherung und besseren Zugänglichmachung?

Zu 7.:

Dem Senat sind keine laufenden oder geplanten Projekte zur Digitalisierung, konservatorischen Sicherung und besseren Zugänglichmachung bekannt.

8. Inwiefern verfügt der Senat über Informationen im Zusammenhang mit der Anzahl der Verfahren zur Zwangssterilisation, zu beteiligten Tätern sowie zu den Orten der Eingriffe im Zuständigkeitsbereich Berlin?

Zu 8.:

Dem Senat ist aus den Beständen des sog. „Erbgesundheitsgerichts Berlin“ bekannt, dass zwischen 1935 und 1945 über 20.000 Verfahren zur Zwangssterilisation betrieben wurden, die mit der Sterilisierung von Tausenden von Bürgern endeten. Nach Abschluss der Verfahren wurden die Akten vom Gericht an die für den Wohnort der Betroffenen jeweils zuständigen Gesundheitsämter abgegeben; die Überlieferung wurde also verstreut. Der Bestand „Erbgesundheitsgericht Berlin“ wurde im LAB durch Herauslösung von Akten aus den Überlieferungen der Bezirksämter und verschiedener Amtsgerichte wieder rekonstruiert. Dem Senat liegen keine weiteren aufgearbeiteten Informationen vor.

9. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Rolle von Gesundheitsämtern und Amtsärzten in Berlin bei der Erfassung, Selektion oder administrativen Vorbereitung von Krankenmorden vor?

Zu 9.:

Dem Senat liegen hierzu keine aufgearbeiteten Erkenntnisse vor.

10. In welcher Form arbeitet der Senat bzw. arbeiten Berliner Gesundheitsämter mit dem Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4 und einschlägigen Museen, Initiativen und Forschungseinrichtungen zusammen?

Zu 10.:

Das LAB kooperierte in den 2000er Jahren mit dem Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4.

Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas teilt in ihrer Zuständigkeit für den Gedenk- und Informationsort T4 mit, dass aktuell keine konkrete Zusammenarbeit mit Gesundheitsämtern bestehe.

11. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zu den beteiligten Institutionen an der Ermordung von Menschen mit Behinderungen vor?

12. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Rolle von Gesundheitsämtern und Amtsärzten bei der medizinischen Versorgung von Zwangsarbeitern in Berliner Lagern vor?

Zu 11. und 12.:

Die Gesundheitsversorgung im Allgemeinen bildete ein Schlüsselmoment im System der NS-Zwangsarbeit. Das Gesundheitswesen und das System der Zwangsarbeit überschritten sich in vielen Bereichen: Von der Tauglichkeitsprüfung in der Heimat und in Durchgangslagern über Krankensammel- und Abschiebelager bis zur Entbindung. Viele Zwangsarbeitende starben in so genannten „Ausländerkrankenhäusern“.

Die Gesundheitsämter und Amtsärztinnen und Amtsärzte spielten bei der medizinischen Versorgung von Zwangsarbeitenden in Berliner Lagern während der NS-Zeit eine zentrale Rolle. Sie waren Teil des staatlichen Kontroll- und Ausbeutungssystems. Die Tätigkeit der Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, wie die der Amtsärztinnen und Amtsärzte, war geprägt von der NS-Ideologie, vertreten u. a. durch Funktionäre wie Leonardo Conti (Reichsgesundheitsführer und gleichzeitig Chef der Reichsärztekammer). Medizin galt als Instrument der „Volksgesundheit“, nicht als universelles Menschenrecht.

Zwangsarbeitende wurden grundsätzlich rassistisch hierarchisiert, insb. osteuropäische Zwangsarbeitende litten unter besonders schlechten Bedingungen. Das zeigte sich auch in der medizinischen Versorgung.

Für Berlin ist die Rolle der Gesundheitsämter und Amtsärztinnen und Amtsärzte bei der medizinischen Versorgung der Zwangsarbeitenden gleichwohl nicht umfassend aufgearbeitet.

Die kommunalen Gesundheitsämter waren in die NS-Verwaltungsstruktur integriert und arbeiteten eng mit den Behörden, dem Sicherheitsapparat, der Arbeitsverwaltung sowie den Firmen, die Zwangsarbeitende einsetzten, zusammen. Die medizinische „Betreuung“ diente nicht der Versorgung kranker Menschen, sondern wirtschaftlichen und ideologischen Zielen.

Das zog die medizinische Überwachung der Arbeitsfähigkeit, die Seuchenprävention zum Schutz der „deutschen“ Bevölkerung und die Mitwirkung an „rassenhygienischen“ Maßnahmen nach sich.

13. Welche Bedeutung kommt der Aufarbeitung der Beteiligung von Berliner Gesundheitsämtern und Amtsärzten an nationalsozialistischen Verbrechen im Zusammenhang mit der Ermordung von Kranken sowie Menschen mit Behinderungen aus Sicht des Senats zu?

Zu 13.:

Der Senat befürwortet grundsätzlich eine Aufarbeitung der Beteiligung von Berliner Gesundheitsämtern sowie Amtsärztinnen und Amtsärzten an nationalsozialistischen Verbrechen im Zusammenhang mit der Ermordung von Kranken sowie von Menschen mit Behinderungen.

14. Inwiefern sollten Führungskräfte und Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin aus Sicht des Senats über die NS-Geschichte der Institutionen informiert sein?

Zu 14.:

Aus Sicht des Senats sollten Führungskräfte und Beschäftigte im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin grundsätzlich über die NS-Geschichte der Institution informiert sein.

15. Wie stellt der Senat sicher, dass Führungskräfte und Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitsdienst in Berlin über die NS-Geschichte der Institutionen informiert sind? (Fortbildungsmodule, Seminare etc.)

Zu 15.:

Im Rahmen der fachärztlichen Weiterbildung an der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf sind alle Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer aufgefordert, vor Kursbeginn ein Propädeutikum zu absolvieren. Dies beinhaltet die beiden E-Learning-Angebote „Der ÖGD im Nationalsozialismus“ und die „Historische Entwicklung des Gesundheitswesens“. Damit soll das eigene Rollenverständnis im Öffentlichen Gesundheitsdienst geschärft und wesentliche Grundlagen für die Teilnahme am Weiterbildungskurs geschaffen werden.

16. Gibt es berlinweite Standards oder Empfehlungen, wie Gesundheitsämter mit dieser Geschichte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit umgehen sollen? (z. B. Gedenktage, regelmäßige Bildungsangebote, Kooperation mit Bildungs- oder Gedenkstätten)

Zu 16.:

Am Gebäude des Gesundheitsamtes Mitte in der Turmstr. 21 sind Gedenktafeln für die 1933 vertriebenen jüdischen Ärztinnen und Ärzte des Krankenhauses Moabit angebracht. Darüber hinaus beteiligt sich das Gesundheitsamt Mitte an der Erinnerung an die jüdischen Ärztinnen und Ärzte und Amtsärztinnen und Amtsärzte Berlins, vor allem in Zusammenarbeit mit dem Verein Gleis 69 und der Charité – Universitätsmedizin Berlin.

17. In welchen Bezirken wurde die Ausstellung „Volk, Gesundheit, Staat“ oder vergleichbare Formate in Berlin gezeigt?

Zu 17.:

Dem Senat ist bekannt, dass der Bezirk Treptow-Köpenick diese Ausstellung im Jahr 2025 gezeigt hat.

18. Inwiefern plant der Senat, die Ausstellung berlinweit zu unterstützen oder eine eigene berlinbezogene Ergänzung zu entwickeln?

Zu 18.:

Der Senat verfolgt aktuell keine diesbezüglichen Planungen.

19. Sind dem Senat weitere Ausstellungen, Projekte, Gedenktafeln, Publikationen oder Online-Angebote im Zusammenhang mit Verantwortung des öffentlichen Gesundheitsdienstes für Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus bekannt?

Zu 19.:

Dem Senat sind die folgenden Publikationen über die Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in der NS-Zeit bekannt:

Ifd. Nr.	Ausstellungen, Projekte, Gedenktafeln, Publikationen oder Online-Angebote	Quelle	Veröffentlichung
1	Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.	http://www.bvoegd.de/oegd-1933-45/	2017
2	Das Gesundheitswesen	Jg. 69, S. 1-128, Thieme-Verlag	02/2007
3	Deutsches Ärzteblatt	Jg. 10, Heft 20, https://www.aerzteblatt.de/archiv/pdf/c43c235d-d84e-40bf-9341-fe74f01efbf7	17.03.2013

Ifd. Nr.	Ausstellungen, Projekte, Gedenktafeln, Publikationen oder Online-Angebote	Quelle	Veröffentlichung
4	Dokumentation von Johannes Donhauser: „Das Gesundheitsamt im Nationalsozialismus – Der Wahn vom „gesunden Volkskörper“ und seinen tödlichen Folgen	Denkschrift zum 70. Jahrestag der Gründung staatlicher Gesundheitsämter am 1. April 1935; Deutsche Digitale Bibliothek.	04/2005

Darüber hinaus erinnern in Berlin verschiedene Gedenkort/Gedenktafeln an die medizinischen Verbrechen im Nationalsozialismus:

- Informationstafel zur „Kinderfachabteilung Wiesengrund“ (Eichborndamm 283), die die medizinischen Verbrechen an Kindern in der Städtischen Nervenlinik für Kinder von 1941–45 dokumentiert.
- Informationstafel „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ (Innstraße 22).
- Informationstafel im Rahmen der Ausstellung NS-Zwangslager Marzahn zur „Rassenhygienische Forschungsstelle“ in Dahlem (Otto-Rosenberg-Platz).
- Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischer „Euthanasie“-Verbrechen, Robert-Rössle-Straße 10.
- Informationstafel zur „Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ (Unter den Eichen 82-84).
- Informationstafel „Rassenhygienische und Bevölkerungsbiologische Forschungsstelle“ (Thielallee 88-92).
- Gedenktafel Wittenauer Heilstätten (Oranienburger Straße 285).
- Informationstafel Krankenhaus für Zwangsarbeitende (Urbanstraße 24).

In diesem Kontext zu nennen sind ferner der Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde, Tiergartenstraße 4 und die Informationstafel zum Erbgesundheitsgericht im Tegeler Weg 18-19, das auf Grundlage des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses über Anträge auf Zwangssterilisierungen von psychisch Kranken, Menschen mit geistigen Behinderungen und „sozial unerwünschten“ Menschen entschied.

Darüber hinaus erinnert eine Gedenktafel an den jüdischen Arzt Salo Drucker, der das Weddinger Gesundheitswesen aufbaute und 1933 als Jude aus dem Gesundheitsamt entlassen und im KZ Sachsenhausen ermordet wurde (Iranische Straße 2-4).

Dem Senat sind außerdem die folgenden Ausstellungen bekannt:

- „Wissenschaft und Unrecht“ zum Erinnerungsort Innstraße 22,

- „Totgeschwiegen“ zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten in der Zeit des Nationalsozialismus.

20. Sind dem Senat Angebote zur Unterstützung von Betroffenen und ihren Nachfahren im Kontext von Zwangs-sterilisationen und NS-Krankenmorden in Berlin bekannt?

Zu 20.:

Dem Senat ist bekannt, dass der Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V. Angebote zur Unterstützung von Betroffenen und ihren Nachfahren im Kontext von Zwangssterilisationen und NS-Krankenmorden unterbreitet.

21. Welche Senatsverwaltung ist federführend für die historische Aufarbeitung der Gesundheitsämter sowie für die Koordination zwischen Bezirken, Archiven, Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen und wie wird die Zusammenarbeit mit Bezirken, Landesarchiv, Gedenkstätten und Wissenschaft zuständig?

Zu 21.:

Der Senat hat für die historische Aufarbeitung der Gesundheitsämter sowie für die Koordination zwischen Bezirken, Archiven, Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen und die Zusammenarbeit mit Bezirken, Landesarchiv, Gedenkstätten und Wissenschaft noch keine Federführung festgelegt.

Berlin, den 11. März 2026

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege